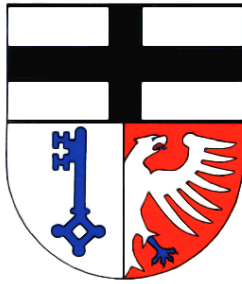


Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	2
Niederschrift Rat und Ausschüsse	2



N i e d e r s c h r i f t
über die 10/36. Sitzung des Rates
am Montag, 10.02.2020

Ort der Sitzung: **Ratssaal, Himmeroder Hof, Himmeroder Wall 6, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:50 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

fehlten:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister

Raetz, Stefan

Ratsmitglieder (CDU)

Baron, Oliver

Beißel, Bernd

Brozio, Kurt

Gebert, Andreas

Josten-Schneider, Silke

Kramme, Hinrich

Pütz, Markus

(ab 18:43 Uhr - TOP 6.2 bis 20:29 Uhr – TOP 10.1)

Sander, Ulrich

Schneider, Joachim

Schneider, Michael

Schragen, Georg

Specht, Dagmar

Wehage, Claus

Weingartz, Winfried

Wilcke, Axel

Ratsmitglieder (CDU)

Beer, Klaus

Rick, Ilka

Ratsmitglieder (SPD)

Kerstholt, Karl-Heinrich

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Lenke, Nils, Dr.

Erster Beigeordneter

Dr. Raffael Knauber

Fachbereichsleiter

Kohlosser, Walter

Sachgebietsleiter

Evert, Carsten

Fachbereichsleiterin

Hoffmann, Daniela

Fachgebietsleiter

Sauren, Norbert

Schriftführerin

Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (SPD)

Danz, Dietmar
Formanski, Birgit
Koch, Martina
Krupp, Ute
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donat
Rohloff, Michael
Steig, Joachim
Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)

Ganten, Reinhard H., Dr.
Huth, Dieter
Meyer, Jörg

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz
Logemann, M.Sc., Karsten
Vogt, Tamara

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Schiebener, Heribert
Schollmeyer, Joachim

Tagesordnung

zur 10/36. Sitzung des Rates
am Montag, 10.02.2020

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Beschluss- Nr.
A)	ÖFFENTLICHE SITZUNG	
1	Anerkennung der Tagesordnung	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Bürgeranträge	
3.1	Bürgerantrag vom 04.11.2019 betreffend Sanierung der Weiher entlang Pilgerweg und Alte Weiher	10/496
3.2	Bürgerantrag vom 08.12.2019 betreffend grundlegende Verbesserung des Knotenpunkts Ölmühlenweg – Neugartenstraße - Brahmstraße	10/497
3.3	Bürgerantrag vom 10.12.2019 betreffend Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Pallottistraße	10/498
3.4	Bürgerantrag vom 12.12.2019 betreffend Einrichtung eines Verkehrswegenetzes "Die blauen Straßen von Rheinbach"	10/499
3.5	Bürgerantrag vom 16.12.2019 betreffend "Illegale Müllentsorgung und Littering"	10/500
3.6	Bürgerantrag vom 17.12.2019 zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan; hier: Steuerung der beeinflussbaren Verkehre in der Stadt Rheinbach	10/501
3.7	Bürgerantrag vom 17.12.2019 betreffend Genehmigungsvorbehalt hinsichtlich des vorhabenbezogenen B-Plans Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum“	10/502
4	Ortsrecht	
4.1	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Rheinbach	10/503
5	Allgemeine Angelegenheiten	
6	Finanzangelegenheiten	
6.1	Ermächtigungsübertrag für Investitionsauszahlungen des Jahres 2019	10/504

6.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021	10/505 - 10/512
6.3	Genehmigung des Forstwirtschaftsplans 2020	10/513
6.4	Beratung des Stellenplanes 2020	10/514
7	Grundstücksangelegenheiten	
7.1	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Zuständigkeitsregelung betreffend Grundstücksverkäufe der wfeg	zurückgezogen
8	Bau- und Planungsangelegenheiten	
8.1	Beschlussfassungen zum Bebauungsplan Rheinbach Nr. 60 "Am Getreidespeicher", 1. Änderung für den Bereich Keramikerstraße (Ausweisung von Flächen für den Gemeinbedarf) unter Anwendung des § 13 a Baugesetzbuch	zurückgezogen
9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
9.1	Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur und Betriebsausschuss	10/515
9.2	Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss	
9.3	Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss	10/516
10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern	
10.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.01.2020 betreffend Verwendung von regionalen Holzhackschnitzeln zur Energieversorgung von städtischen Gebäuden	10/517
10.2	Antrag von Ratsfrau Martina Koch und Ortsvorsteher Klöß (SPD) vom 22.01.2020 betreffend barrierefreier Zugang zur Alten Schule in Niederdrees	10/518
10.3	Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2020 betreffend Erweiterung des Pendlers-Parkplatzes am Bahnhof Römerkanal	10/519
10.4	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.01.2020 betreffend Änderung der OGS-Gebührenstruktur	10/520
11	Mitteilungen des Vorsitzenden	

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG		
12	Allgemeine Angelegenheiten	
12.1	Zukünftige Standorte für die Rheinbach-Meckenheimer Tafel e.V. und das Möbellager sowie die Fahrradwerkstatt des Georgsring e.V. - zugesetzt -	10/521
13	Grundstücksangelegenheiten	
13.1	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 31, Flurstücke T. a. 47 + 48	10/522
13.2	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 27, Flurstück 125	10/523
13.3	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Neukirchen, Flur 12, Flurstück 256	10/524
13.4	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 39, Flurstücke T. a. 102, 106 + 110	10/525
13.5	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 40, Flurstücke T. a. 120 + 121 - zugesetzt -	10/526
14	Finanzangelegenheiten	
15	Bau- und Planungsangelegenheiten	
16	Personalangelegenheiten	
16.1	Organisationsuntersuchung Betriebshof der Stadt Rheinbach; 1. Zwischenbericht der Verwaltung	
16.2	Personalbericht 2019	10/527
16.3	Beratung des Stellenbesetzungsplanes 2020	10/528
17	Mitteilungen des Vorsitzenden	

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

Vor Eintritt in die Tagesordnung lässt Bürgermeister Raetz eine Sammeldose zugunsten des Bundeswehrsozialwerk durch die Reihen gehen.

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Anerkennung der Tagesordnung
-----	---	------------------------------

Bürgermeister Raetz führt aus, dass die Einladung vom 28.01.2020 und der Nachtrag vom 30.01.2020 fristgerecht am 31.01.2020 versandt wurden.

Die Tagesordnung der Sitzung wird um folgenden Tagesordnungspunkt ergänzt:

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

12 Allgemeine Angelegenheiten

- 12.1 Zukünftige Standorte für die Rheinbach-Meckenheimer Tafel e.V. BV/1308/2019
und das Möbellager sowie die Fahrradwerkstatt des Georgsring e.V.

13 Grundstücksangelegenheiten

- 13.5 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; BV/1327/2020
hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 40,
Flurstücke T. a. 120 + 121

Im Nachgang zur Einladung wurden mit Schreiben vom 04.02.2020 folgende Unterlagen nachgereicht:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 6.2 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das BV/1316/2020
Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021

Hier wurden die Anlagen 4 und 6 aktualisiert.

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

- 12.1 Zukünftige Standorte für die Rheinbach-Meckenheimer Tafel e.V. BV/1308/2019
und das Möbellager sowie die Fahrradwerkstatt des Georgsring e.V.

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden zurückgezogen und von der Tagesordnung genommen:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

7 Grundstücksangelegenheiten

- 7.1 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; BV/1323/2020
hier: Zuständigkeitsregelung betreffend Grundstücksverkäufe der wfeg

8 Bau- und Planungsangelegenheiten

- 8.1 Beschlussfassungen zum Bebauungsplan Rheinbach Nr. 60 "Am Getreidespeicher", 1. Änderung für den Bereich Keramikerstraße (Ausweisung von Flächen für den Gemeinbedarf) unter Anwendung des § 13 a Baugesetzbuch BV/1311/2019

Im Nachgang wurden mit Schreiben vom 07.02.2020 die aktualisierte Tagesordnung sowie die Begleitanträge der SPD zu TOP 6.2 als Tischvorlage verteilt.

Beschluss		Abstimmung			
		Einstimmig beschlossen:		Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0	
Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um die Tagesordnungspunkte					
12	Allgemeine Angelegenheiten				
12.1	Zukünftige Standorte für die Rheinbach-Meckenheimer Tafel e.V. und das Möbellager sowie die Fahrradwerkstatt des Georgsring e.V.				BV/1308/2019
13	Grundstücksangelegenheiten				
13.5	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 40, Flurstücke T. a. 120 + 121				BV/1327/2020
erweitert.					
Im öffentlichen Teil werden die Tagesordnungspunkte					
7	Grundstücksangelegenheiten				
7.1	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Zuständigkeitsregelung betreffend Grundstücksverkäufe der wfeg				BV/1323/2020

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

8	Bau- und Planungsangelegenheiten
8.1	Beschlussfassungen zum Bebauungsplan Rheinbach Nr. 60 "Am Getreidespeicher", 1. Änderung für den Bereich Keramikerstraße (Ausweisung von Flächen für den Gemeinbedarf) unter Anwendung des § 13 a Baugesetzbuch
zurückgezogen und von der Tagesordnung genommen.	
Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorgelegten Form anerkannt.	

TOP	2	Einwohnerfragestunde
-----	---	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP	3	Bürgeranträge
-----	---	---------------

TOP	3.1	Bürgerantrag vom 04.11.2019 betreffend Sanierung der Weiher entlang Pilgerweg und Alte Weiher
-----	-----	---

Ratsherr Logemann bezieht sich auf eine Forderung der FDP in der Angelegenheit und bittet darum, dass dem Petenten ausführlich mitgeteilt wird, welche Meinungsbildungsprozesse schon stattgefunden haben und dass es sich um kein Desinteresse handelt, wenn der Rat den Bürgerantrag ablehnt, sondern das bestehende Konzept erst rechtlich überprüft werden muss.

Ratsfrau Koch ist es namens der SPD-Fraktion wichtig, dies von einem Fachbüro fundiert ausarbeiten zu lassen.

Bürgermeister Raetz berichtet, dass die Verwaltung wegen der Umsetzung zurzeit verschiedene Gespräche führt und dass eine Sanierung wegen des Mitteleinsatzes (fundiert) durch das Fachbüro begründet sein müsse. Sobald alle Punkte aufgearbeitet sind, erfolge eine Information im zuständigen Ausschuss.

Beschluss	Abstimmung	
10/496	Einstimmig beschlossen:	Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Die Sanierung der Pilgerpfadsweiher durch die Stadt Rheinbach wird weiterverfolgt. Die Sanierung der Alten Weiher wird abgelehnt.		

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

TOP	3.2	Bürgerantrag vom 08.12.2019 betreffend grundlegende Verbesserung des Knotenpunkts Ölmühlenweg – Neugartenstraße - Brahmstraße
-----	-----	---

Ratsherr Dr. Ganten bedauert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr der Argumentation der UWG-Fraktion nicht gefolgt ist. Die UWG-Fraktion ist der Meinung, dass der Bürgerantrag das Verkehrsproblem nachdrücklich belegt und begründet. Deshalb sollte, unabhängig von dem integrierten Verkehrsentwicklungskonzept, diese örtlich sehr begrenzte Maßnahme sofort durchgeführt werden. Aus diesem Grund werde die UWG-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Ratsherr Dr. Wilmers berichtet, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht folgen werde, da die Beratung des integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes frühestens in vier Jahre erfolgen wird. Besser wäre es, wenn der Rat sofort über die Bürgeranträge entscheiden und diese nicht erst bei der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes Berücksichtigung finden würden.

Beschluss	Abstimmung	
10/497	Mehrheitlich beschlossen:	Ja 18 Nein 14 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Bürgermeister wird beauftragt, den Bürgerantrag in die Erarbeitung des integrierten Verkehrsentwicklungsplanes für Rheinbach einzubeziehen. Die im Bürgerantrag vorgeschlagenen Maßnahmen sollen geprüft und bei Bedarf sollen in dem integrierten Verkehrsentwicklungsplan umsetzbare Alternativen formuliert werden.		

TOP	3.3	Bürgerantrag vom 10.12.2019 betreffend Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Pallottistraße
-----	-----	--

Ratsherr Dr. Wilmers sieht beim Thema Verkehr im B-Planverfahren noch Beratungsbedarf. Es müsste bei der Bebauung nochmal diskutiert werden, ob nicht – wie vom Petent beantragt – statt sechs kleiner Tiefgaragen eine große Tiefgarage eine Lösung wäre. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Beschlussvorschlag ab.

Beschluss	Abstimmung	
10/498	Mehrheitlich beschlossen:	Ja 20 Nein 9 Enthaltung 3
Dem Antrag auf Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Rheinbach Nr. 68 „Pallottistraße“ wird nicht entsprochen.		

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

TOP	3.4	Bürgerantrag vom 12.12.2019 betreffend Einrichtung eines Verkehrswegenetzes "Die blauen Straßen von Rheinbach"
-----	-----	--

Beschluss	Abstimmung	
10/499	Mehrheitlich beschlossen:	Ja 24 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0
Eine Übernahme und Umsetzung der Anregungen aus dem vorliegenden Bürgerantrag wird insofern entsprochen, als dass im Zuge eines umfassenden Beteiligungsprozesses zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan die Möglichkeit besteht, die Inhalte des Antrages einzubringen.		

TOP	3.5	Bürgerantrag vom 16.12.2019 betreffend "Illegale Müllentsorgung und Littering"
-----	-----	--

Beschluss	Abstimmung	
10/500	Einstimmig beschlossen:	Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Bürgerantrag vom 16.12.2019 wird im Rahmen der Überarbeitung der Ordnungsbehördlichen Verordnung und der Konzeption zum Einsatz des Ordnungsaußendienstes berücksichtigt.		

TOP	3.6	Bürgerantrag vom 17.12.2019 zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan; hier: Steuerung der beeinflussbaren Verkehre in der Stadt Rheinbach
-----	-----	--

Beschluss	Abstimmung	
10/501	Mehrheitlich beschlossen:	Ja 23 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0
Eine Übernahme und Umsetzung der Anregungen aus dem vorliegenden Bürgerantrag wird insofern entsprochen, als dass im Zuge eines umfassenden Beteiligungsprozesses zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan die Möglichkeit besteht, die Inhalte des Antrages einzubringen.		

TOP	3.7	Bürgerantrag vom 17.12.2019 betreffend Genehmigungsvorbehalt hinsichtlich des vorhabenbezogenen B-Plans Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum“
-----	-----	---

Beschluss	Abstimmung	
10/502	Mehrheitlich beschlossen:	Ja 19 Nein 9 Enthaltung 4 Befangen 0
Dem Antrag auf Genehmigungsvorbehalt hinsichtlich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße- Jugendmedizinisches Zentrum“ wird nicht entsprochen.		

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

TOP	4	Ortsrecht
-----	---	-----------

TOP	4.1	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Rheinbach
-----	-----	--

Ratsherr Danz sieht den Verkaufsoffenen Sonntag im Rahmen des Streetfood-Festivals am 14.06.2020 kritisch. Da eine getrennte Abstimmung der Termine nicht möglich ist, werde er sich, abweichend vom Verhalten seiner Fraktion, enthalten.

Ratsfrau Vogt unterstreicht in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Ausschusses für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur die Bedeutung der Verkaufsoffenen Sonntage für Rheinbach und hält auch deren Anzahl für durchaus angemessen.

Beschluss	Abstimmung			
10/503	Einstimmig beschlossen:	Ja 31	Nein 0	Enthaltung 1 Befangen 0
Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Rheinbach für das Jahr 2020 zu.				

TOP	5	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

Es liegen keine Vorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

TOP	6	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	6.1	Ermächtigungsübertrag für Investitionsauszahlungen des Jahres 2019
-----	-----	--

Beschluss	Abstimmung			
10/504	Einstimmig beschlossen:	Ja 32	Nein 0	Enthaltung 0 Befangen 0
Den Ermächtigungsübertragungen 2019 für Investitionen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung wird auf der Grundlage der vorgelegten Liste zugestimmt.				

TOP	6.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021
-----	-----	---

Die Ratsfraktionen nehmen zu dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 und dem Haushaltssicherungskonzept Stellung.

Ratsherr Wilcke, CDU-Fraktion, macht in seiner Haushaltsrede die Sicht der CDU deutlich. Er führt aus, dass bis 2021 der jährlichen Haushaltsausgleich zur Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Haushaltswirtschaft wiederhergestellt werden muss. Lag der Differenzbetrag im Haushalt 2015 noch bei 8,2 Mio. €, ergab der Jahresabschluss ein Defizit von 3,7 Mio. €. Hier wird einem ausgeglichenen

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

Haushalt deutlich entgegenkommen. Nach jetziger Planung wird das Haushaltsjahr 2021 mit dem ersten positiven Planungsansatz in Höhe von 750.000 € gerechnet.

Er geht kurz auf eine gute und gesunde Haushaltsführung ein. In 2018 wurde ein Jahresüberschuss erzielt, mit dem Eigenkapital aufgebaut wurde. Wichtig ist ihm aber auch, der zügige Abbau der Liquiditätskredite, um mögliche Belastungen nicht auf die nachfolgende Generation zu verschieben.

Ein großes Thema sind die freiwilligen Leistungen. Die Haushaltssicherung lässt zu wenig Raum für freiwillige Leistungen.

Die Haushaltssituation bleibt besorgniserregend und maßgeblich beeinflusst durch die fortgesetzte Finanzkrise auf der Landesebene. Die Umsetzung zahlreicher Gesetze zu Lasten der Kommunen ohne Hinterlegung der Kosten durch das Land bedeutet eine stetige Erhöhung des Finanzbedarfes. Der Wolbersacker wird langfristig zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Allerdings hängt die Konsolidierung auch von der zukünftigen Zins- und Konjunkturentwicklung ab. Auch gilt es, Kredite zurückzuführen und Verbindlichkeiten zu vermeiden.

Die Konsolidierung des Haushaltes wird mit der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2021 zur Herkulesaufgabe werden. Hier spricht Ratsherr Wilcke z.B. den Ausbau der Gesamtschule, Monte Mare, die Digitalisierung der Verwaltung und das Sportstättenentwicklungskonzept an.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept in der nun vorliegenden Fassung zustimmen.

Ratsherr Danz kommentiert den Haushalt aus Sicht der SPD-Fraktion und begründet die nachgereichten Begleitanträge:

- Resolution der Stadt Rheinbach zur auskömmlichen Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung
- Verbesserung der Fahrradinfrastruktur
- Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule
- Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum
- Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung

Außerdem beantragt er mündlich zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum einen Betrag von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Ratsherr Logemann führt ebenfalls zum Haushaltsentwurf aus und nimmt kurz zu den Begleitanträgen Stellung.

In jedem Jahr wird bei den Haushaltsberatungen eine Positionsfeststellung gemacht und die Strecke bis zum Haushaltsausgleich ist mit nur noch einem verbleibenden Jahr relativ gut absehbar. Wichtige Investitionen müssen dabei weiter möglich sein und notfalls auch mit Fremdmitteln geringfügig finanziert werden. Dies sind im aktuellen Haushalt Maßnahmen für den Hochwasserschutz, weitere Investitionen in unsere Schulen, die Jugend- und Kinderbetreuung, Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen für die Feuerwehr, Kanal- und Straßenbaumaßnahmen.

Er geht kurz auf die Situation der abgelehnten Asylbewerber ein. Er bemängelt, die Stadt Rheinbach mit der Last der sozialen Integration und der dadurch entstehenden Kosten zumindest mit 80 % alleine

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

gelassen wird. Diese enorme und nicht verursachergerechte Mehrbelastung von über 3 Mio. € muss ausgeglichen werden.

Zu einem großen Teil können diese Mehrbedarfe durch gestiegene Steuererwartungen abgedeckt werden. Neben der guten Wirtschaftskraft in Deutschland ist dafür natürlich auch die solide und vorausschauende Ansiedlungspolitik in Rheinbach verantwortlich. Hier spricht er das Projekt Wolbersacker an. Neben den großen Ansiedlungen sollen auch mittelständische Unternehmen angesiedelt und einheimischen Unternehmen Expansionsfläche geboten werden. Das führt zu Steuermehreinnahmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Er appelliert an alle nach der Wahl vertretenen und an der Zukunftsgestaltung interessierenden Fraktionen einen Entschuldungs- und Investitionsplan aufzustellen, in dem nicht nur eine Entschuldungsrate für die nächsten 10 Jahre festgelegt wird, sondern auch, wie die bestehenden Schulden zurückgezahlt werden sollen, insbesondere zu den die Investitionsvorhaben.

Die FDP-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung 2020 mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzept 2021 zu.

Ratsherr Huth begründet die Auffassung der UWG wie folgt: Ansatz und Realität lagen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 um viele Millionen Euro auseinander. Für das Haushaltsjahr 2019 liegt das Defizit bei 8,9 Mio. €. Da aber das Ergebnis noch nicht vorliegt, wird hier auch von einem geringeren Defizit ausgegangen. Weiterhin geht die UWG, dank der übervorsichtigen Planung des Kämmers davon aus, dass die Abschlüsse wieder um viele Millionen besser liegen werden. Für das Haushaltsjahr 2021 ist ein Plus von ca. 800.000 € geplant. Dass entspricht in etwa der Summe der Steuererhöhung, die 2021 durch die Erhöhung der Grundsteuer B erreicht werde. Diese Erhöhung sei daher unnötig. Die Schuldentilgung dürfe nicht über Steuererhöhungen finanziert werden. Deshalb lehnt die UWG die geplante Erhöhung der Grundsteuer B ab und stimmt dem Buchstaben b) des Beschlussvorschlages nicht zu. Dem Haushalt 2020 könnte die UWG zustimmen, wenn darin nicht die Zustimmung zum Haushaltssicherungskonzept und damit die Steuererhöhung enthalten wäre. Somit werde dem Haushalt von Seiten der UWG-Fraktion nicht zugestimmt.

Ratsherr Schiebener – Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - berichtet, dass der Schuldenberg kontinuierlich und zielstrebig abgebaut werden müsse. Das sei die erste Pflicht einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Haushaltsführung, auch für die zukünftigen Generationen. Durch den Klimawandel würden noch weitere Kosten entstehen, die noch nicht im Haushalt veranschlagt seien. Da im Vorfeld der Ratssitzung keine fraktionsübergreifende Beratung des Haushaltes in der Arbeitsgemeinschaft Stadtfinanzen möglich war, werde die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in diesem Jahr dem Haushalt nicht zustimmen.

Bürgermeister Raetz geht kurz auf die einzelnen Haushaltsreden der Fraktionen ein und gibt seine Einschätzung zu den Begleitanträgen der SPD:

- Er schlägt vor bei den Begleitanträgen zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur und bei der Steigerung der Aufenthaltsqualität statt einem Sperrvermerk eine Zweckbindung von 8 % bzw. 5 % zu beschließen, damit die Verwaltung schneller reagieren kann.
- Zum Begleitantrag zur Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung und Gründung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) könne die Gegenfinanzierung nicht aus der Zweckverbandsumlage erfolgen, da die Stadt dazu rechtlich verpflichtet ist. Außerdem könnte es

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

sein, dass die Gründung einer ISG bei den Anwohnerinnen und Anwohnern kritisch gesehen wird.

- Zur Planung der neuen Sporthalle wird schon im Mai das Sportstättenentwicklungskonzept vorgelegt. Hier habe es eine Bestandsaufnahme und eine Analyse gegeben. Die Ergebnisse wurden verwaltungsintern durchgesprochen und in der Tat müssten noch Hallen für den Schulsport geschaffen werden. Das dann die Planungskosten in den Haushalt aufgenommen werden, sollte nach Beschlussfassung im Mai möglich sein. Es besteht auch noch ein Puffer von 800.000 €, die für die Verlagerung der Sozialstation vorgesehen waren und jetzt nicht gebraucht werden.

Im Anschluss lässt er zunächst getrennt über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen. Danach erfolgt die getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss	Abstimmung	
10/505 - 10/513	Siehe unten	
Der Rat fasst zu den Begleitanträgen folgende Beschlüsse a. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Resolution der Stadt Rheinbach zur auskömmlichen Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung Ratsfrau Specht verlässt den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil. Ratsherr Logemann – FDP-Fraktion – schlägt vor, in den einleitenden Satz der Resolution die Worte „missbilligt die nicht auskömmliche Finanzausstattung zur Unterbringung von geflüchteten Menschen durch die vorherige und die aktuelle Landesregierung“ aufzunehmen. Der geänderte Text der Resolution lautet wie folgt: Der Rat der Stadt Rheinbach missbilligt die nicht auskömmliche Finanzausstattung zur Unterbringung von geflüchteten Menschen durch die vorherige und die aktuelle Landesregierung und fordert deshalb die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, 1. ihr Versprechen einzuhalten und die Mittel die der Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorsieht (Integrationspauschale bzw. „Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke“) in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterzuleiten, 2. die Pauschalen nach dem FlüAG auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Stand anzuheben, 3. die Dauer des Erstattungszeitraums für Geduldete von derzeit drei Monaten nach ablehnendem Asylbescheid auszuweiten, solange diese Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten.		
BS-Nr.: 10/505	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 32 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

b. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Verbesserung der Fahrradinfrastruktur

Ratsfrau Specht betritt wieder den Sitzungssaal und nimmt an der Abstimmung teil.

Für die Haushaltstitel 5221010 Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Parkplätze und 5221040 Unterhaltung, Verkehrszeichen, Ampeln und Markierungen wird eine Zweckbindung des Inhalts angebracht, dass 8% der Gelder nur für Maßnahmen zur Instandhaltung und Verbesserung von Fahrradinfrastruktur ausgegeben werden dürfen.

BS-Nr.: 10/506	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 33 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

c. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum

Ratsfrau Formanski verlässt den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Ratsherr Wilcke gibt zu bedenken, dass die 5 % bereits erreicht wurden und fragt an, ob der Antrag nicht zurückgezogen werden sollte. Ratsherr Dr. Wilmers erläutert, dass es bei dem Antrag darum gehe, bestenfalls im Verbund mit Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern gezielt Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität anzugehen.

Der Bürgermeister teilt die Auffassung, dass man tatsächlich über den 5 % liegt und schlägt daher vor, in den Beschlussvorschlag „mindestens“ 5 % verwendet und diese Mittel zweckgebunden sind und stellt folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beim Produkt Betriebshof werden mindestens 5% der vorgesehenen Aufwendungen für Personal und Sach- und Dienstleistungen für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Öffentlichen Raum zweckgebunden.

BS-Nr.: 10/507	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 32 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

d. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung

Ratsfrau Formanski betritt wieder den Sitzungssaal und nimmt an der Abstimmung teil.

Einleitend führt Bürgermeister Raetz aus, dass mit diesem Antrag eigentlich die Gründung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) angedacht sei. 20.000 € zur Finanzierung einer Weihnachtsbeleuchtung einzuplanen greife zu kurz. Vielmehr gehe es bei einer ISG um die Innenstadt und Innenstadtentwicklung.

Sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen sei sicherlich sinnvoll. Die finanzielle Ausstattung könne auch zu einem späteren Zeitpunkt außerplanmäßig erfolgen.

Nach einer kontroversen Diskussion, ob eine ISG gegründet werden und das Geld in den Haushalt eingestellt werden soll, wird dieser Begleitantrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur und in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

BS-Nr.: 10/508	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 33 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

e. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule

Im Haushaltsjahr 2020 sollen 30.000 € als investive Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule bereitgestellt werden, wenn das Gutachten zum Sportstättenentwicklungskonzept den Bedarf nachweist. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt unterjährig außerplanmäßig.

BS-Nr.: 10/509	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 32 Nein: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0
-------------------	---	---

f. mündlicher Begleitantrag der SPD vom 10.02.2020 betreffend Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau

Ratsherr Danz hat in seiner Haushaltsrede beantragt, im Haushalt 2020 einen Betrag von 50.000 € einzustellen, um eine Stadtentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau zu gründen.

In einer kontrovers geführten Diskussion wird deutlich, dass zunächst der Zweck der Gesellschaft genau definiert werden müsse. Deshalb wurde vorgeschlagen den Begleitantrag zur Beratung und Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Daraufhin beantragt Ratsherr Danz diesen Antrag jetzt zur Abstimmung zu stellen und nicht in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

BS-Nr.: 10/510	Abstimmungsergebnis Mehrheitlich abgelehnt	Ja: 9 Nein: 23 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

- a.) Der Rat beschließt – unter Einschluss der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Änderungen sowie unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge – die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 27.01.2020 empfohlene Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021.

BS-Nr.: 10/511	Abstimmungsergebnis Mehrheitlich beschlossen	Ja: 19 Nein: 14 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	--

- b.) Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte 11. Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Rheinbach zum 01.01.2021.

BS-Nr.: 10/512	Abstimmungsergebnis Mehrheitlich beschlossen	Ja: 19 Nein: 12 Enthaltung: 2 Befangen: 0
-------------------	---	--

- c.) Die für einen Kreditgenehmigungsantrag nach § 82 Abs. 2 GO NW erforderliche „Prioritätenliste“ für Investitionen wird in der vorgelegten Form beschlossen.

BS-Nr.: 10/513	Abstimmungsergebnis Einstimmig angenommen	Ja: 33 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	--	---

TOP	6.3	Genehmigung des Forstwirtschaftsplans 2020
-----	-----	--

Beschluss	Abstimmung	
10/514	Einstimmig beschlossen:	Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Dem Forstwirtschaftsplan für 2020 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.		

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

TOP	6.4	Beratung des Stellenplanes 2020
-----	-----	---------------------------------

Beschluss	Abstimmung	
10/515	Einstimmig beschlossen:	Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Stellenplan 2020 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.		

TOP	7	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	7.1	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Zuständigkeitsregelung betreffend Grundstücksverkäufe der wfeg
-----	-----	--

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen und wird nicht behandelt.

TOP	8	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

TOP	8.1	Beschlussfassungen zum Bebauungsplan Rheinbach Nr. 60 "Am Getreidespeicher", 1. Änderung für den Bereich Keramikerstraße (Ausweisung von Flächen für den Gemeinbedarf) unter Anwendung des § 13 a Baugesetzbuch
-----	-----	---

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen und wird nicht behandelt.

TOP	9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	---	---------------------------------------

TOP	9.1	Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur und Betriebsausschuss
-----	-----	--

Beschluss	Abstimmung	
10/516	Einstimmig beschlossen:	Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Anstelle von Herrn Nigel Keen wird Frau Carolin Beckers, Weilerweg 34 a, Rheinbach stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur und Herr Axel Nagel, Neukirchener Straße 17, Rheinbach stellvertretendes Mitglied im Betriebsausschuss.		

TOP	9.2	Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss
-----	-----	---

Am 21.01.2020 teilte die Bundesagentur für Arbeit mit, dass anstelle von Frau Katrin Erb-Ruck, Agentur für Arbeit Bonn, Villemombler Straße 101, 53123 Bonn als neues beratendes Mitglied Herr Bernd Lohmüller, Agentur für Arbeit Bonn, Villemombler Straße 101, 53123 Bonn in den Jugendhilfeausschuss entsandt wird.

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

Diese beratenden Mitglieder werden nicht vom Rat gewählt, sondern von der jeweils entsendenden Stelle benannt.

Beschluss	Abstimmung	
	Zur Kenntnis genommen.	
Der Rat nimmt die Nachbesetzungen im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.		

TOP	9.3	Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss
-----	-----	---

Beschluss	Abstimmung	
10/517	Einstimmig beschlossen:	Ja 32
Anstelle von Herrn Manfred Greuel wird Frau Jana Rentzsch als stimmberechtigtes Mitglied und anstelle von Frau Jana Rentzsch Frau Gabriele Papenkort als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.		

TOP	10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	----	--

TOP	10.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.01.2020 betreffend Verwendung von regionalen Holzhackschnitzeln zur Energieversorgung von städtischen Gebäuden
-----	------	---

Beschluss	Abstimmung	
10/518	Einstimmig beschlossen:	Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Rat verweist den Antrag gemäß § 4 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach in Verbindung mit Abschnitt II Nr. 6.3 der Zuständigkeitsordnung zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr.		

TOP	10.2	Antrag von Ratsfrau Martina Koch und Ortsvorsteher Klöß (SPD) vom 22.01.2020 betreffend barrierefreier Zugang zur Alten Schule in Niederdrees
-----	------	---

Beschluss	Abstimmung	
10/519	Einstimmig beschlossen:	Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Rat verweist den Antrag gemäß § 4 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach in Verbindung mit Abschnitt II Nr. 6.4 der Zuständigkeitsordnung zur weiteren Beratung in den Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschuss.		

Niederschrift	10/36. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 10.02.2020

TOP	10.3	Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2020 betreffend Erweiterung des Pendler-Parkplatzes am Bahnhof Römerkanal
-----	------	---

Beschluss	Abstimmung	
10/520	Einstimmig beschlossen:	Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Rat verweist den Antrag gemäß § 4 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach in Verbindung mit Abschnitt II Nr. 6.3 der Zuständigkeitsordnung zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr.		

TOP	10.4	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.01.2020 betreffend Änderung der OGS-Gebührenstruktur
-----	------	---

Beschluss	Abstimmung	
10/521	Einstimmig beschlossen:	Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Rat verweist den Antrag gemäß § 4 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach in Verbindung mit Abschnitt II Nr. 6.7 der Zuständigkeitsordnung zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Schule, Bildung und Sport.		

TOP	11	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Bürgermeister Raetz berichtet über das **Sturmtief „Sabine“**. Am Samstag, 09.02.2020 um 17.00 Uhr wurde die Leitstelle der Feuerwehr besetzt. Allerdings gab es bereits vormittags die ersten Einsätze durch umgefallenen Bäume in Hilberath / Kalenborn. Insgesamt waren es 24 Einsätze in der Nacht.

Weiterhin berichtet der Vorsitzende über den Sachstand zum **Coronavirus** im Rhein-Sieg-Kreis. Dort wurde ein Lagezentrum eingerichtet und vorsorglich Schutzausrüstung beschafft.

Auch berichtet er über die **Anmeldezahlen für die Gesamtschule**. Bislang liegen insgesamt 153 Anmeldungen vor (18 aus Alfter, 1 aus Bad Münstereifel, 7 aus Meckenheim, 103 aus Rheinbach, 21 aus Swisttal, 1 aus Wachtberg und 2 Auswärtige). Zusage gibt es für die Kinder aus Alfter, Swisttal und Rheinbach. Ebenso wurde heute der Antrag auf die 6. Eingangsklasse bei der Bezirksregierung Köln gestellt und die Stadt hat heute dazu auch die Genehmigung erhalten.

Bürgermeister Raetz berichtet über die **Neugestaltung des Glasmuseums** und legt den Ratsmitgliedern nahe, die drei neu gestalteten Räume zu besichtigen. Anlässlich der nächsten Sitzung des Rates wird im Vorfeld eine Führung angeboten.

Daraufhin schließt Bürgermeister Raetz die öffentliche Sitzung und eröffnet nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.